

Blaue Wahlkreispost

www.mario-beger.de



Wie sieht nach einem Jahr Ukraine-Krieg die Bilanz dieses Gemetzels mitten in Europa aus? Die Antwort kann nur lauten: verheerend! Eine amerikanische Quelle schätzt allein die Zahl der gefallenen und vermissten ukrainischen Soldaten auf 150.000 Mann. Eine andere Schätzung geht von insgesamt 200.000 getöteten oder verwundeten Soldaten auf beiden Seiten aus.

Die Ukraine ist bankrott, sie hängt am Tropf der westlichen Geldgeber – der deutsche Steuerzahler darf dabei neben den USA an vorderster Stelle die Börse zücken. Große Teile der Infrastruktur und der Industrie sind zerstört. Veranschlagt die Weltbank 350 Milliarden Euro für den Wiederaufbau, liegt die Kiewer Regierung gar bei satten 750 Milliarden Euro. Sind die Provisionen für Oligarchen und korrupte Staatsdiener hier etwa gleich mit eingepreist?

Wo Verlierer, da auch Gewinner: Die Energie- und Rüstungsindustrie der USA profitiert, die amerikanische Vorherrschaft über Europa ist gefestigt, Indien und China sind dank russischer Rabatte die Nutznießer westlicher Rohstoffsanktionen.

Und Deutschland? Allein das abrupte Ende der deutsch-russischen Energiepartnerschaft bezahlen Industrie und Verbraucher mit explodierenden Gas- und Stromrechnungen. Über eine Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge müssen versorgt werden – zusätzlich zum ununterbrochenen Strom von Illegalen, die vorwiegend aus dem arabischen Raum

und Afrika zu uns drängen. Akuter Wohnungsmangel, der unsere ohnehin gebeutelten Bürger hart trifft, ist die Folge.

70 Prozent der Sachsen sind gegen Panzerlieferungen an die Ukraine, und eine deutliche Mehrheit der Ostdeutschen lehnt Waffenlieferungen generell ab. Die Bundesregierung interessiert das nicht. Deutsche Leopard-1- und Leopard-2-Panzer sind die neuen Wunderwaffen in Selenskis Heer und verrichten ihr Zerstörungswerk.

Laut dem ehemaligen Bundeswehr-Generalinspekteur Harald Kujat droht uns eine Eskalationsspirale mit verheerenden Konsequenzen. Er sieht – wie die amerikanische Diplomatenlegende Henry Kissinger – die Zeit für einen Verhandlungsfrieden gekommen.

Das liegt auch im deutschen Interesse. Beide Kriegsparteien müssen von ihren Maximalzielen abrücken. Dazu gehört, dass die Ukraine den nur militärisch durchsetzbaren Gebietsanspruch auf die Krim unmissverständlich aufgibt. Man muss klar sagen: Ein Krieg um die Krim birgt die Gefahr des Dritten Weltkriegs in sich. Ebenso steht das Ziel der Ukraine eines „vollständigen Beitritts zur EU und zur NATO“ der Kompromissfindung im Weg. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, der sich gerne als Verfechter von Verhandlungen gibt, hatte unlängst beim Sachsen-Besuch des neuen Botschafters der Ukraine, Oleksii Makeiev, die Gelegenheit, ihm genau das zu sagen. Fehlanzeige: Kretschmer steckte zurück und lobte stattdessen op-

portunistisch den „beeindruckenden Mut“ der Ukrainer.

Auch wenn kriegslüsterne Grüne, Teile der CDU und Massenmedien hierzulande anderes vorzugaukeln versuchen: EU-Kommission, Großbritannien und die USA stehen mit ihrer Kriegstreiberei ziemlich alleine da. So biss Bundeskanzler Scholz während seiner Südamerika-Reise auf Granit, als er versuchte, Argentinien, Brasilien und Chile in die Pro-Ukraine-Front einzubinden. Ungarn und Kroatien verweigern Waffen und fordern Friedensverhandlungen. Die Schweiz und Österreich pochen auf ihre Neutralität. China legt seine diplomatische Zurückhaltung ab, gibt den USA die Schuld am Ukraine-Krieg und unterbreitet zugleich einen Friedensvorschlag.

Brasilien bringt sich aktuell offensiv als Vermittler und Brückenbauer ins Spiel. Diese Rolle haben sowohl Deutschland als auch Frankreich u.a. durch ihre Sabotage des Minsker Abkommens leider verspielt. Einzige politische Kraft für den Frieden im Land ist die Alternative für Deutschland. Mit dem Friedensantrag im Deutschen Bundestag, mit Debatten in den Länderparlamenten (natürlich auch im Sächsischen Landtag) und Aufklärungsarbeit auf der Straße engagieren wir uns rastlos für den Frieden.

Diplomatie statt Waffen ist das Gebot der Stunde!

Mario Beger, MdL

DEUTSCHLAND ALS KRIEGSTEILNEHMER – AUS DER GESCHICHTE NICHTS GELERNT?!

Der neue Verteidigungsminister Pistorius spricht nun von einer Kriegsbeteiligung Deutschlands am Ukraine-Krieg, verharmlost dies aber als „indirekte Kriegsbeteiligung“.

Diese, seine Definition ist aber nicht entscheidend, sondern, wie die Kriegsparteien diese Unterstützung eines anderen Staates sehen. Das heißt, Deutschland tritt auf Seiten einer Kriegspartei in den Krieg ein und für die andere Partei sind wir damit Unterstützer des Gegners! Dabei stellt sich die Frage, ob hier nicht alle vor Entsetzen aufschreien müssten. Haben die Verantwortlichen, die dieses forcieren, nichts, aber auch gar nichts aus den Fakten zum 1. Weltkrieg gelernt? 1914 ist Deutschland durch eine unglückliche Bündnispolitik in das Kriegsgeschehen zwischen Österreich und Serbien in den ersten Weltkrieg hineingezogen worden. Das Ergebnis ist bekannt: Millionen Tote und Deutschland wurde in verbrecherischer Art und Weise als Alleinschuldiger festgestellt, mit den Folgen des Verlustes seines Territoriums von ca. einem Drittel, dem Verlust von ca. 10 Millionen deutschen Bürgern, die damit nicht mehr dem deutschen Reich angehörten und Milliarden von Kriegsschulden.

Was sind das für Politiker, die unser Land in einen Krieg hineinziehen lassen, der nicht unser Krieg ist? Gerade Deutschland wäre

der ideale Verhandlungspartner für einen Waffenstillstand, für einen Frieden, bezogen auf eine gemeinsame Geschichte mit den Kriegsparteien! Woher kommt dieses unverantwortliche Streben, unbedingt in diesem Krieg als Beteiligter mitzuwirken?

Ist die Vasallentreue zu den USA nicht schon erschreckend genug?

Afghanistan: 59 tote deutsche Soldaten, Milliarden von Kosten, für den deutschen Steuerzahler und Mitschuld an Hunderttausenden toten Zivilisten!

Der dümmste Spruch des SPD-Manns Struck: „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“, muss wohl nicht kommentiert werden!

2010 hat Deutschland die letzte Rate aus dem 1. Weltkrieg an die Siegermächte bezahlt. Die Urenkel der Verlierer zahlten an die Urenkel der Sieger; soll das wieder so enden? Sind wir nach Beendigung des Krieges wieder die Hauptschuldigen oder allein schuldig? Schon wieder sind wir der größte Geldgeber in Europa für diesen Wahnsinn! Wie borniert kann man noch sein? Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat leider so gewählt. Werden



diese Wähler auch die möglichen Folgen akzeptieren?

Polen kritisiert Deutschland, wir würden die Lieferung schwerer Panzer blockieren. Dieser

Forderung hat die Bundesregierung nun nachgegeben. Zu dieser dummen außenpolitischen Entscheidung ist zu sagen, dass es nicht unsere Aufgabe sein kann und darf, uns in den über Generationen schwelenden Konflikt zwischen Russland und Polen zu positionieren. Auch hier zählt nur die absolute Neutralität zu beiden Staaten!

Übrigens gibt es zurzeit 25 Kriege bzw. bewaffnete Konflikte auf der Welt. Hier sind noch weitere Möglichkeiten für Kriegsunterstützer, insbesondere für die sogenannten grünen Friedensfreunde. Ein Vorschlag, gepaart mit einem Gleichstellungsmerkmal: Frau Baerbock (Grüne) und Frau Strack-Zimmermann (FDP) könnten doch direkt mit ihrer feministischen Frauengilde an diesem Konflikt teilnehmen, ehe man auf die Idee kommt, wieder junge Männer im Ausland zu verheizen!

Detlev Spangenberg,
Kreisvorsitzender
AfD-Kreisverband Meißen

MEHRBELASTUNG DER KOMMUNEN

Eine Verschärfung der finanziellen Situation im persönlichen Bereich jedes einzelnen Bürgers fand in den letzten Jahren durch Inflation, eine verfehlte Corona-Politik, den ungebremsten Bevölkerungsaustausch und aktuell durch eine auf Annahmen basierende Klimapolitik statt. Diese ideologischen Verwerfungen werden nun jedem Bürger in Rechnung gestellt und es war nur eine Frage der Zeit, wann es bei den Landkreisen und deren Kommunen ankommen wird.



Die AfD-Stadtratsfraktion Gröditz stellte eine Anfrage über die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt bei einer Erhöhung der Kreisumlage des Landkreises Meißen um 2 Prozent. Die Kreisumlage ist die steuerliche Abgabe der untergeordneten Kommunen an den Landkreis. Speziell für Gröditz bedeutet die zweiprozentige Erhöhung eine jährliche Mehrbelastung von 175.193 Euro. Sollte es künftig keine Entlastung seitens der Bundes- bzw. Landesregierung geben, werden die Prozentpunkte in naher Zukunft wohl noch viel höher liegen. Die Steigerungen im Bereich der Pflichtausgaben des Landkreises sowie der Kommunen spiegeln ein strukturelles Problem in Sachsen wider. Es ist davon auszugehen, dass sich die Mehrbelastungen der Bürger voraussichtlich bis ins Jahr 2027 drastisch erhöhen werden. Mit einem Kreisumlagesatz von 35,88 Prozent würde die Stadt Gröditz jetzt schon deutlich mehr an den Landkreis abführen, als die Einnahmen aus Grundsteuer A und B zuzüglich der Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer hergeben.

Die Kommunen im Landkreis Meißen werden

reagieren müssen! Am Ende wird der finanzielle Druck auf den Bürger abgewälzt und die vorhandenen Rücklagen weiter abgebaut. Es ist davon auszugehen, dass es zu erheblichen Einschränkungen bei den freiwilligen Aufgaben kommen wird.

Steffen Reck,
AfD-Stadtrat in Gröditz

AfD-Stammtisch in Gröditz

Termine für 2023:

Mittwoch, 28.6. / 26.07. / 23.08. /
13.09. / 25.10. / 15.11.

Beginn: 19 Uhr

Ort: Gaststätte Sportlerheim,
Waldweg 3, 01609 Gröditz

KEIN Roter Teppich für Rheinmetall!

Im Januar bestätigte die sächsische Regierung das Interesse des Rüstungskonzerns Rheinmetall am Bau eines Pulverwerks in Sachsen, nachdem verschiedene Medien bereits darüber berichtet hatten. Das Unternehmen soll planen, 700 bis 800 Millionen Euro in eine Fabrik mit 500 bis 600 Arbeitsplätzen zu investieren und will bereits 2025 mit der Produktion beginnen. Ein Werk für Artilleriemunition und eine Schmiede könnten ebenfalls in Sachsen entstehen. Der Standort wird von den gewährten Subventionen abhängig gemacht, schließlich handele es sich um ein Projekt der „nationalen Sicherheit“, dass die Industrie allein nicht finanzieren könne.

Rheinmetall, Deutschlands größte Rüstungsschmiede, ist durch den Ukraine-Krieg stark gewachsen und am 20. März 2023 in den deutschen Leitindex DAX (Gruppe der 40 größten börsennotierten Unternehmen Deutschlands) aufgestiegen. Trotz eines Börsenwertes von ca. 11,2 Milliarden Euro fordert das Unternehmen millionenschwere Subventionen für den Bau der Rüstungsfabrik und garantierte staatliche Aufträge.

Offiziell will es niemand bestätigen: Soll in Großenhain ein Zulieferbetrieb für die Munitionsherstellung entstehen? Auf meine kleine Anfrage (Drs.7/12534) an die Staatsregierung, ob Rheinmetall Interesse an einem Standort im Flugplatzareal Großenhain bekundet habe, heißt es ausweichend aus dem Wirtschaftsministerium: „Der Freistaat Sachsen steht mit verschiedenen Unternehmen in Kontakt, die als potentieller Investor am Standort Großenhain in Frage kommen können. Dazu gehört auch die Rheinmetall AG. Aufgrund seiner Lage, Anbindung und Größe ist die Fläche in Großenhain für zahlreiche Unternehmen von großem Interesse. Von einer weiteren Beantwortung wird abgesehen.“

Der aktuelle Stand der Verhandlungen ist unklar – sollten sich Rheinmetall und die Staatsregierung auf den Bau verständigen,

sind unsere Möglichkeiten, sich gegen diese Ansiedlung zu wehren, äußerst beschränkt, denn Eigentümer der Fläche ist der Freistaat Sachsen.

Wer die Ansiedlung von Rüstungsindustrie mit versprochenen 500 bis 600 gutbezahlten Arbeitsplätzen und hier gegebenenfalls gezahlten Steuern als einmalige Chance für die Region sieht, muss sich fragen lassen, wie viel er über die Menschen hier weiß. Fast 90 Jahre lang war der Großenhainer Flugplatz militärische Sperrzone und die Großenhainer haben verständlicherweise genug von einer militärischen Nutzung. Zehn Jahre lang wurde das Gelände für die Ansiedlung eines Investors vorbereitet. Mit 145 Hektar ist das Industriegebiet „Großenhain Nord“ eine der größten zusammenhängenden Industrieansiedlungsflächen in Ostdeutschland und hat großes Potenzial für verschiedene Industriezweige. Im Übrigen gibt es auch lokale Unternehmen, die dringend Fachkräfte suchen. Die sind allerdings kaum in der Lage mit der überdurchschnittlichen Bezahlung eines Großkonzerns mitzuhalten. Ein Großkonzern wie Rheinmetall in unserer Stadt wird das klein- und mittelständische Gewerbe der Region schwächen.

Wir als AfD sind mit einer Ansiedlung von Rüstungsindustrie in Großenhain nicht einverstanden. Statt Aufrüstung sollte Deutschland die Waffenlieferungen in die Ukraine stoppen und Friedensverhandlungen führen. Es war jahrzehntelang Konsens deutscher Außenpolitik, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern – jetzt liefern wir sogar unsere modernsten Kampfpanzer in ein Kriegsgebiet. Die Spirale der Eskalation dreht sich immer weiter und mit dem Bau der Pulverfabrik könnte auch Großenhain wieder zum strategischen Kriegsziel werden.

Wer darüber fabuliert, dass die Bundeswehr Ausrüstung braucht, um das Land zu verteidigen, sollte erst einmal in sich gehen und



den Bürgern die Frage beantworten, wer dafür verantwortlich ist, dass die Bundeswehr kaputtgespart ist. Obendrein wurde, was an Gerät und Munition irgendwie noch verfügbar war größtenteils an die Ukraine abgegeben. Die Bundeswehr steht nahezu blank da, abgewirtschaftet unter den vorangegangenen CDU-Regierungen und die aktuelle Ampel-Regierung hat ihr nun den Rest gegeben. Erwartet Rheinmetall in einer landwirtschaftlich geprägten Kleinstadt wie Großenhain keinen Widerstand? Die Herren irren sich – wir werden alles rechtsstaatlich Machbare tun, um diese Ansiedlung zu verhindern. Wir stehen für Frieden und wir werden für Rheinmetall nicht den roten Teppich ausrollen!

Mario Beger, MdL
und die AfD-Stadtratsfraktion Großenhain

Ein Bürgerentscheid, der keiner ist

Mit Verwunderung haben wir aus der Presse erfahren, dass Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) während eines Bürgerdialogs in Limbach-Oberfrohna für einen Bürgerentscheid plädierte, falls der Rüstungskonzern Rheinmetall eine Pulverfabrik in Sachsen ansiedeln möchte. Gleichzeitig betonte er aber, dass er grundsätzlich erfreut wäre, wenn sich ein sächsischer Standort für diese Großinvestition finden ließe, und warb um Zustimmung. Ist dem Ministerpräsidenten nicht bekannt, dass eine Sächsische Gemeindeordnung existiert? Gemäß §24 dieser Ordnung ist ein Bürgerentscheid nur in Angelegenheiten

möglich, für die der Gemeinderat zuständig ist. Da das Gelände für die potenzielle Ansiedlung einer Pulverfabrik in Großenhain jedoch im Eigentum des Freistaates Sachsen liegt und nicht unter die Entscheidungsbefugnis des Gemeinderats fällt, kann dieser keine Entscheidung darüber treffen.

Hatte Herr Kretschmer vielleicht im Vorfeld Wind bekommen von dem geplanten offenen Brief der Großenhainer Stadträte an ihn und den Bundeskanzler und möchte er sich nun schnell auf die Seite der Bürger stellen? Eine Umfrage durch unseren Fraktionsvorsitzenden Mario Beger, MdL, ergab, dass 73 Prozent der Bürger keine Ansiedlung von

Rheinmetall in Großenhain möchten.

Im kommenden Jahr finden in Sachsen Wahlen statt, da kann es schon mal vorkommen, dass Versprechungen gemacht werden. Wir kennen Aussagen von Herrn Kretschmer, beispielsweise zur Impfpflicht oder zum Atomausstieg, die sich später ganz anders anhörten. Auf dem letzten Flüchtlingsgipfel forderte er verstärkte Grenzkontrollen, sprach sich jedoch gegen Zurückweisungen an den Grenzen aus... Unser Standpunkt bleibt klar: Keine Rüstungsindustrie in Großenhain!

AfD-Stadtratsfraktion Großenhain

NACHHALTIG TEUER: EU UND BUNDESREGIERUNG PACKEN DEN KLIMAHAMMER AUS!

Nach dem Aus für den klassischen Verbrennungsmotor durch das EU-Parlament rollt die grüne Verbotswelle unerbittlich weiter. Die EU will nun die Sanierung von Häusern zur Pflicht machen. Unter Federführung des Grünen-Abgeordneten Ciarián Cuffe aus Irland stehen „ineffiziente“ Gebäude beim EU-Parlament im Visier.

Was heißt „ineffizient“? Bis 2033 sollen alle Wohngebäude die Energieeffizienzklasse „D“ erreicht haben. Für mehr als 7 Millionen deutsche Eigenheime und 7,2 Millionen Wohnungen drohen nun nach der EU-Parlamentsabstimmung Zwangssanierungen. Wer die Kosten nicht tragen kann, verliert sein Haus. Dieses Schicksal könnte auch Ihrer Wohnung oder Ihrem Haus bevorstehen, liebe Leser!

Der Mieterbund hat gegenüber der BILD-Zeitung schon einmal vorgerechnet, was diese Maßnahmen kosten dürften. Das Ergebnis hat es in sich: Hat beispielsweise ein Vermieter 30.000 Euro Sanierungskosten für eine 80 Quadratmeter umfassende Wohnung, so darf er die monatliche Miete um 200 Euro erhöhen.

Der Präsident des Eigentümerverbandes Haus & Grund wies auf einen anderen Aspekt hin: den des dramatischen Wertverlustes bei älteren Gebäuden – was im Kern einer teilweisen Enteignung gleichkommt.

Nun beraten EU-Staaten und das EU-Parlament in den nächsten Wochen noch über die konkrete Umsetzung des Vorhabens, das laut Markus Piper (CDU) „...Hauseigentümer

überfordern wird“. Während aus CDU-Reihen immerhin noch mahnende Stimmen zu hören sind, verkündete die Grünen-Parlamentarierin Jutta Paulus in völliger Verkennung der sozialen Realitäten: „Ziel für die anstehenden Verhandlungen ist es, den Energieverbrauch von Gebäuden massiv zu senken und den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher zu schonen.“

Hinter dieser Art Schutzhaftprinzip verbirgt sich typisch grünes Doppel-Denk: Dieselben Politiker, welche die Energiepreise in ungeahnte Höhen trieben, wollen mittels teurer Zwangssanierung ihre Opfer vor eben diesen Preisen schützen. Darauf muss man erstmal kommen!

Als wäre das nicht schon genug, packt Wirtschaftsminister und Insolvenzerklärer („Sie gehen nicht pleite, sie hören nur auf zu verkaufen“) Robert Habeck im Kampf um den klimapolitischen Endsieg über den Klimawandel noch eine Schippe drauf: Die Bundesregierung will ab 2024 den Einbau neuer Öl- und Gasheizungen verbieten. Es dürfen nur noch Wärmepumpen – zum dreifachen Preis einer Gasheizung – eingebaut werden. Deren Funktionieren bedarf zudem

zusätzlicher Dämmung am Haus. Das wird extrem teuer für Eigenheimbesitzer und Mieter. Für viele junge Leute dürfte damit der Traum vom Eigenheim ausgeträumt sein. Jetzt heißt es: Platte statt Häuschen im Grünen.

Die Debatte um den Klimawandel wird viel zu einseitig geführt. In Deutschland entsteht nur ein minimaler Bruchteil des weltweiten CO2-Ausstoßes. Selbst wenn wir unsere gesamte Industrie und in der Folge unseren Wohlstand opfernten, nur noch Fahrrad fahren würden, hätte das keinerlei Auswirkungen auf das globale Klima.

Wir als AfD lehnen den Sanierungszwang für Wohnung, Haus und Heizung, wie auch das

Verbot des Verbrennungsmotors ab.

Diese Politik ist wirtschaftspolitisch falsch und unsozial.

Um der Abwärtsspirale, in der sich unser Land befindet, zu entkommen, sind die Beendigung der gescheiterten Energiewende und die Abschaffung der CO2-Steuer das Gebot der Stunde!

Jörg Urban,

AfD-Landesvorsitzender Sachsen



HERZENSANGELEGENHEITEN OSTERN 2023

Kurz vor Ostern verteilte die AfD-Stadtratsfraktion gemeinsam mit mir Osterpräsente an Menschen, denen es gerade nicht so gut geht. Ein wenig Freude und Wertschätzung zu verschenken, liegt uns sehr am Herzen.

Immer mehr Bürger in Deutschland müssen von sehr wenig Geld leben und auf viele Dinge verzichten, die für andere selbstverständlich sind. Laut aktuellem Paritätischen Armutsbericht hat die Armutsquote in Deutschland mit 16,9 Prozent – das sind 14,1 Millionen Menschen – einen neuen traurigen Rekord erreicht. Diese dramatische Entwicklung wird von der Ampel-Regierung vollständig ignoriert.

Unsere Aktion „Herzensangelegenheiten“ finanziert sich ausschließlich aus privaten Spenden und ich möchte mich dafür ganz herzlich bei allen Spendern und bei meinen Helfern für die Unterstützung bei den Vorbereitungen bedanken.

Mario Beger, MdL



Wenn auch Sie unser Projekt mit einer kleinen Spende unterstützen und es damit auch zu Ihrer Herzensangelegenheit machen möchten, Bedürftigen eine Überraschung zu bereiten:

**Spendenkonto AfD Kreisverband Meißen
Ostsächsische Sparkasse Dresden**

IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56

BIC: OSDDDE81XXX

Verwendungszweck: Herzensangelegenheiten WK 38

Name und Adresse für Spendenquittung bitte angeben.



WINDRÄDER IM LANDKREIS – DA KOMMT WAS AUF UNS ZU!

Jeder kennt sie, viele regen sich darüber auf: Windräder in direkter Nachbarschaft. Die zunehmende Verspargelung der heimischen Landschaft ist für viele Bürger seit über zwanzig Jahren ein vertrauter Anblick. Nun nimmt die Dynamik des Windkraftausbaus dramatisch zu.

Die Ampel-Regierung hat im letzten Sommer auf Bundesebene das sogenannte „Wind-an-Land-Gesetz“ beschlossen. Dieses Gesetz sieht vor, dass die Länder Flächen für Windräder bereitstellen. Demnach sollen bis Ende 2032 zwei Prozent der Bundesfläche für Windkraft ausgewiesen werden. Sachsens grüner Minister Wolfram Günther hat dieses Ziel bereits für 2027 durchgedrückt. Dem gegenüber steht in Sachsen eine derzeit ausgewiesene Windkraftfläche von 0,2 bis 0,3 Prozent - wir reden hier über eine Vervielfachung der Fläche für Windkraft!

Für die Ausweisung von Windkraftflächen sind die regionalen Planungsverbände auf

Kreisebene zuständig, wobei sich unser Planungsverband aus den Kreisen Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (SOE) und der kreisfreien Stadt Dresden zusammensetzt. Dresden bietet trotz dem größten Anteil an Windpark-Jublern kaum Flächen für Windräder. Der Kreis SOE hat aufgrund seiner Nationalparkkulisse und seiner topografischen Gegebenheiten auch sehr begrenzten Spielraum. Daher können wir uns ausrechnen, welcher Kreis die Suppe auslöffeln wird: Der Landkreis Meißen und hier insbesondere der relativ weitläufige Norden im Altkreis Riesa-Großenhain!

Um diesen großen Windrad-Plan des „Politbüros“ in Berlin bewerkstelligen zu können, hat die sächsische Regierung aus CDU, SPD und Grünen Ende letzten Jahres eine Flexibilisierungsklausel beim Beschluss des Haushalts untergeschoben. Demnach kann der eigentlich geltende 1.000m-Abstand zur Wohnbebauung mit Stadt- oder Gemeinde-

ratsbeschluss unterwandert werden. Also Augen auf in Ihrer Heimatstadt oder Heimatgemeinde!

Die Bürgermeister stehen ihrerseits wiederum mit einer perfiden Mechanik des Bundesgesetzes aus Habecks Ministerium unter Druck: Sollte im Gebiet des Planungsverbandes das Ausbauziel nicht erfüllt werden, droht eine Privilegierung für Windkraft im gesamten Planungsgebiet. Das heißt, dass Windräder grundsätzlich überall mit ca. 500-600m Abstand gebaut werden können und die Bürgermeister dann jeglichen Gestaltungsspielraum verlieren.

Was kann der Bürger tun? Bringen Sie sich in Ihren Stadt- oder Gemeinderat ein, wenn es um die Errichtung von Windrädern vor Ihrer Haustür geht. Nur so lässt sich etwas Einfluss nehmen.

Christian Reck, AfD-Kreisrat

DEUTSCHE PANZER AN DER OSTFRONT. WAS IST DAS ZIEL?

Das war das Thema unseres Stammtischs mit Jörg Urban, MdL und Landesvorsitzender der AfD Sachsen. In seinem interessanten und aufschlussreichen Vortrag zum andauernden Ukraine-Krieg machte er die Position der AfD in diesem Konflikt deutlich – Pro Deutschland, nicht pro Russland oder pro Ukraine. Wir haben in Deutschland von der USA stationierte Atomwaffen. Sollte sich der Krieg weiter verschärfen, werden auch wir zum Ziel Russlands.

Wir stecken in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, einer existenziellen Krise, bei der es um Krieg oder Frieden geht. Unsere Regierung heizt diesen Krieg mit Waffenlieferungen immer weiter an, während die Mehrheit der Deutschen diese Waffenlieferungen ablehnt. Die anschließende Diskussionsrunde wurde von den knapp 60 Besuchern rege genutzt.

Mario Beger, MdL



VOLKSVERHETZUNG, § 130 STGB - WAS BEWIRKEN DIE ERGÄNZUNGEN?

Vor kurzem wurde in diese eher unbekannte Strafvorschrift ein neuer Abs. 5 eingefügt. Da stellt sich zunächst die Frage „warum“? Auslöser für die neue Vorschrift ist wieder einmal die EU. Diese hatte in einem Rahmenbeschluss (2008/913/JI) beschlossen, dass bestimmte Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden müssen. Deutschland war vorgeworfen worden, dies nicht ausreichend in nationale Vorschriften umgesetzt zu haben. Nunmehr ist es also verboten, sich öffentlich in bestimmter Art und Weise zu äußern. Es geht um das Billigen, Leugnen oder gröblich Verharmlosen bestimmter Straftaten, wodurch der öffentliche Frieden gestört wird, weil zu Hass oder Gewalt gegen einen bestimmten Personenkreis oder bestimmte Personen aufgerufen wird. Gemeint sind Straftaten nach den §§ 6-12 des Völkerstrafgesetzbuchs. Auch das ist wiederum ein Gesetz, dass kaum jemand kennt. Die meisten, denen man einen solchen Vorwurf eröffnen wird, werden also gar nicht wissen, dass sie gegen ein Gesetz verstoßen haben. Dieses Gesetz spricht von Völkermord, Verbrechen

gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Die Auflistung dessen, was gemeint ist, füllen mehrere Seiten.

Die Frage nach dem „warum“ lässt sich also zunächst einmal damit beantworten, dass man in der EU und offenbar auch in der Bundesregierung glaubt, mit bestimmten Re-
deverboten unliebsame oder verwerfliche Überzeugungen und Ideologien unterdrücken oder eindämmen zu können. Wie zweifelhaft diese Herangehensweise sein dürfte, lässt sich beispielhaft daran sehen, dass strafbare öffentliche Aufforderungen in einer fremden Sprache den Strafverfolgungsbehörden möglicherweise gar nicht bekannt werden. Würde beispielsweise öffentlich, aber auf Arabisch, aufgefordert, alle Ungläubigen in Deutschland zu töten, wäre der § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Völkerstrafgesetzbuches erfüllt. Da aber die wenigsten, die in Deutschland die Aufforderung verstehen, wissen, dass das strafbar ist, wird wohl nie ein Staatsanwalt tätig. Kommt die Strafverfolgung in Gang, gibt es weitere Probleme. Was versteht man unter

„billigen“ oder „gröblich verharmlosen“? Das ist nirgends definiert. Die Gerichte müssen also wieder einmal die Fehler der Regierung ausbügeln. Wenn etwas schon nicht klar geregelt ist, wie soll dann der Bürger

wissen, was er darf und was nicht? Das kann der Unterschied zwischen vorsätzlich und fahrlässig sein. Wer fahrlässig gegen etwas verstößt, kann nicht bestraft werden, weil § 130 StGB einen fahrlässigen Verstoß nicht unter Strafe stellt. Das regelt § 15 StGB.

Und so wird es wohl schlimmer werden als beim Corona-Recht: Je nach Überzeugung des Richters ist man entweder unschuldig oder ein übler Volksverhetzer.

Das politische Ziel ist somit klar: die Unsicherheit soll die Kritiker aus Angst zum Schweigen bringen.



KOLLAPS BILDUNG: WIE VIEL DRUCK HALTEN DIE SCHULEN IN SACHSEN NOCH AUS?

Der Lehrermangel in Sachsen ist nicht neu, aber ein immer drängenderes Problem. Seit Jahren sinken die Bewerberzahlen für den sächsischen Schuldienst – trotz gestiegener Zahl an Studienplätzen, trotz hohem Gehalt und trotz Verbeamtung. Besonders prekär ist die Situation im ländlichen Raum. Aktuell wollen fast 2/3 der Junglehrer in Dresden und Leipzig arbeiten. Zum aktuellen Schulhalbjahr fehlen knapp 300 Lehrer – das sind rund 25 Prozent der offenen Stellen.¹ In den kommenden Jahren wird es außerhalb der großen Städte ein noch größeres Personalproblem geben, denn der Altersschnitt der Lehrer liegt hier bei rund 50 Jahren.² Neben dem Lehrermangel werden die Herausforderungen an den Schulen immer größer. So werden die Klassen durch eine immer stärkere Inklusion und eine steigende Zahl an Kindern mit Migrationshintergrund immer heterogener. Innerhalb von zehn Jahren hat sich der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund in Sachsen mehr als verdoppelt.³ Im letzten

Schuljahr waren es bereits 12 Prozent aller Grundschüler. Die ukrainischen Schüler, welche seit 2022 nach Sachsen gekommen sind – rund 10.000 – sind dabei in der Statistik noch nicht erfasst.⁴ Während die ukrainischen Kinder bisher zumeist in Extra-Klassen unterrichtet wurden, werden sie im kommenden Schuljahr 2023/24 in die bestehenden Schulklassen integriert. Infolge dessen werden Klassenobergrenzen überschritten und Klassen müssen neu zusammengesetzt werden. Damit ist der Kollaps unseres Bildungssystems vorprogrammiert.



Gemeinsam mit meinen Kollegen der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag habe ich bereits mit mehreren Initiativen konstruktive Lösungsvorschläge für die Probleme in unserem Bildungssystem unterbreitet. Lehramtsstudenten brauchen

von Beginn an stärkeren Praxisbezug an den Schulen. Darüber hinaus muss die Lehrerbildung endlich in die Fläche kommen – nicht nur an den großen Universitäten in Dresden, Leipzig und Chemnitz – sondern als pädagogische Hochschulen im ganzen Land.⁵ Da gerade im ländlichen Raum auch kleine Schulen weit verbreitet sind, setzen wir uns als AfD für deren Erhalt und somit eine flächendeckende gute Erreichbarkeit ein. Zudem sollen ausländische Schüler, deren Bleibeperspektive gering ist, in ihrer Herkunftssprache in separaten Klassen unterrichtet werden.⁶ Die Politik der unkontrollierten Migration darf nicht auf dem Rücken aller unserer sächsischen Schüler ausgetragen werden.

Dr. Rolf Weigand, MdL

¹ <https://www.bildung.sachsen.de/blog/index.php/2023/02/23/2-schulhalbjahr-startet-mit-817-neuen-lehrkraeften/>

² Vgl. Kleine Anfrage in Drs. 7/7935.

³ Vgl. Kleine Anfrage in Drs. 7/9004 und Statistischer Bericht B|1 - j/21. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.

⁴ <https://www.bildung.sachsen.de/blog/index.php/2023/03/17/sachsen-schafft-dauerhafte-einstellungsperspektive-fuer-ukrainische-paedagogen/>

⁵ Vgl. Anträge in Drs. 7/7960 und 7/10999.

⁶ Vgl. Antrag in Drs. 6/12123



ÜBER DEN UMGANG MIT DDR-GARAGEN UND EIN BEISPIEL, WIE MAN ES NICHT MACHT!

In der DDR war es möglich, Garagen auf fremden Grund und Boden zu errichten. Im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine Trennung zwischen Grundstückseigentum und den darauf befindlichen Gebäuden. Der Eigentümer eines Grundstücks ist automatisch Eigentümer aller damit verbundenen Bauwerke, wie den Garagen.

In Großenhain gibt es fünf große Garagenstandorte auf ursprünglich kommunalen Grund und Boden, die im letzten Jahr per Stadtratsbeschluss auf die Großenhainer Wohnungsverwaltungs- und Baugesellschaft mbH übertragen wurden, um deren Stammkapital zu erhöhen.

Der Stadtrat stimmte dieser Übertragung nur unter der Bedingung zu, dass ein Konzept für den Übergang der Garagen vorgelegt wird. Es gab viele Versprechungen seitens des Oberbürgermeisters Dr. Sven Mißbach und

seines Beigeordneten Tilo Hönicke - es sollte Beschlüsse im Aufsichtsrat der GWVB mbH geben, Gespräche mit den Garagennutzern und eine sozialverträgliche Anpassung der Mietpreise.

Keiner dieser Punkte wurde erfüllt. Wir Stadträte erfuhren aus der Zeitung, dass im ersten Quartal dieses Jahres bereits einige Kündigungen und neue Mietverträge mit erheblich höherem Mietzins verschickt wurden. Mit dieser Vorgehensweise waren wir nicht einverstanden und forderten in der Stadtratssitzung im März die sofortige Rücknahme der Kündigungen. Es ist inakzeptabel, dass der Stadtratsbeschluss und der Aufsichtsrat der GWVB mbH ignoriert wurden. Die Begründung des Oberbürgermeisters, dass das vereinbarte Konzept aus krankheitsbedingten Gründen nicht umgesetzt werden konnte, akzeptieren wir nicht. Es war andererseits genügend Zeit vorhanden, um rechtlichen Rat

einzuholen und die Kündigungen sowie neuen Mietverträge zu verfassen.

Aus menschlicher Sicht finden wir die Vorgehensweise und den Umgang mit den Betroffenen seitens der Stadtverwaltung und der GWVB mbH unangemessen. Einerseits gab es viele gute Vorschläge von Seiten der Garagenvereinigungen und -besitzer für eine sozialverträgliche Einigung und andererseits zeigen Beispiele von anderen Städten mit ähnlicher Problematik, dass es besser geht. Die Stadt Bautzen beispielsweise hat die Pachtverträge ebenfalls in Mietverträge umgewandelt, wobei die Miete für die bisherigen Nutzer vorerst der bisherigen Pacht entspricht.

Wir werden uns dafür einsetzen, eine ähnlich gute und sozialverträgliche Lösung zu finden.

AfD-Stadtratsfraktion Großenhain

GROSSENHAINER FRÜHJAHRSPUTZ

„Saubere Stadt“ war unser erster Antrag im Stadtrat und viele der Ideen sind inzwischen umgesetzt worden. Natürlich hat sich unsere Fraktion auch in diesem Jahr am großen Frühjahrsputz der Stadt Großenhain beteiligt. Enttäuschend ist immer wieder zu sehen, dass bei einigen Mitmenschen jegliche Sensibilität beim Umgang mit Abfall fehlt. Arglos werden Kippen, Tüten, Flaschen, Papier und sogar Behälter für Motorenöl einfach fallen gelassen, obwohl der Papierkorb oder Abfallbehälter direkt danebenstehen.

Ein großes Dankeschön an alle, die den Großenhainer Frühjahrsputz aktiv unterstützt haben.

AfD-Stadtratsfraktion Großenhain





MONTAGABEND IST RADEBURG AUF DER STRASSE

Seit Dezember 2021 haben viele Radeburger und auch Mitstreiter aus den umliegenden Orten jeden Montag etwas Wichtiges vor: Sie treffen sich mit Lothar Lucke und seinen Ordnern auf dem Radeburger Markt. Die Montagsspaziergänge sind zu einer festen Instanz geworden und selbst schlechtes Wetter ist kein Grund nicht hinzugehen. Wie in anderen Städten auch, erlebt die Teilnehmerzahl ihre Höhen und Tiefen, aber der „harte Kern“ bleibt.

Seit Monaten dreht sich alles um das Thema Krieg in der Ukraine. Die Leute, die man hier montags trifft, haben nicht immer die gleiche Sichtweise, aber in einem sind sie sich einig – sie wollen Frieden und das bringen sie mit Bannern, Fahnen und Schildern zum Ausdruck. Es ist jeden Montag ein gutes Gefühl mit dabei zu sein. Wir sehen uns am Montag um sieben in Radeburg!

Sylvia Herberger aus Radeburg



Impressum:

Herausgeber:

Mario Beger, MdL
Dresdner Str. 7
01558 Großenhain

Telefon: 03522-5596 187
E-Mail: blauewahlkreispost@gmail.com

V.i.S.d.P.: Mario Beger, MdL

Druck: Druckhaus Scholz GmbH

Auflagenhöhe: 25.000 Stück

Ausgabe: Nr.5 / Juni 2023

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwährend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers.

Mario Beger, MdL

Web: www.mario-beger.de

Facebook:
www.facebook.com/MarioBegerAfD

Telegram: t.me/mariobeger

